



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Kritische Tage. Für die beiden Bewegungen, die zur Zeit den Inhalt unsrer Politik ausmachen, ist die letzte Februarwoche kritisch gewesen. Organe der Großindustrie, die Kölnische Zeitung voran, haben gegen den Bund der Landwirte die heftigsten Angriffe gerichtet, der Minister von Bötticher hat auf dem deutschen Handelstage die Handelsverträge gepriesen, und der Kaiser hat auf dem brandenburgischen Provinziallandtage zwar als die wichtigste der schwebenden Fragen die Bauernfrage bezeichnet, jedoch hinzugesetzt: „Ich möchte aber dringend davor warnen, überspannte Hoffnungen zu hegen oder gar die Verwirklichung von Utopien zu verlangen. Kein Stand kann beanspruchen, auf Kosten der andern bevorzugt zu werden; des Landesherren Aufgabe ist es, die Interessen aller Stände gegen einander abzuwägen und mit einander zu vermitteln, damit das allgemeine Interesse des großen Vaterlandes dabei gewahrt bleibe.“ Die Post hält diese Warnung für höchst zeitgemäß, denn, schreibt sie, die „landwirtschaftliche Woche“ habe den Eindruck hinterlassen, „daß ein großer Teil unsrer Landwirte Gefahr läuft, sich in eine Bahn festzurennen, die zu keinem erreichbaren Ziele führt,“ und gleichzeitig wird durch den Reichsboten bekannt — die ersten Berichte über die Audienz der Bundesdeputation beim Kaiser hatten es verschwiegen —, daß dieser geäußert hat: „Ich habe Erhebungen in andern Ländern anstellen lassen, und da muß ich sagen, daß die Franzosen trotz des hohen Prohibitivzolls von 7 Franks 50 Cts. so unzufrieden sind wie Sie.“ Aufforderungen genug für die konservative Partei, eine gründliche Selbstprüfung anzustellen! Wie stehen denn die Dinge? Der Plan des Bundes der Landwirte, die Getreidepreise durch ein Staatsmonopol hochzuhalten und so allen Grundbesitzern ihre Rente zu sichern, ist ohne Vorgang in der Weltgeschichte, und seine Wirkungen sind unberechenbar für den Fall des Mißlingens wie des Gelingens. Daß letzteres in den sozialistischen Zukunftsstaat führen würde, hat jetzt sogar die Kreuzzeitung zugestanden. Die „Germania“ hatte gegen den Antrag Kanitz eingewendet, daß seine Annahme ein gehässiges Ständeprivilegium schaffen würde. Darauf entgegnet die Kreuzzeitung: ein Ständeprivilegium wolle sie nicht; der im Antrag Kanitz enthaltene Grundsatz müsse für alle gelten; jedem müsse (natürlich von Staats wegen, denn darum handelt es sich hier doch) zugesichert werden, was er braucht. Der Gewerbe-, der Handels- und der Arbeiterstand sind selbstverständlich Gegner eines solchen Plans, außerdem aber protestiren auch zahlreiche Landwirte, namentlich in Süd- und Westdeutschland, sehr lebhaft dagegen, darunter der Freiherr von Schorlemer, dem der Landwirtschaftsminister bezeugt hat, daß er den westfälischen Bauernstand gesund erhalten habe, während von den Bundesführern dergleichen Verdienste um den Bauernstand ihrer heimatlichen Landschaften bis jetzt nicht bekannt geworden sind. Unter diesen Umständen hätte der Bund nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn er den Kaiser für seinen Plan gewönne, und wenn ein Staatsmann von einer Kraft und Kühnheit, wie sie die Welt an Bismarck in seinen besten Jahren bewundert hat, die Ausföhrung übernehme. Mit diesem Plan aber steht und fällt der Bund selbst, da er ohne ihn keinen Zweck hat. Denn die stille Arbeit, wie sie in den Bauernvereinen des Westens seit Jahrzehnten verrichtet wird, verträgt sich nicht mit einer lärmenden Agitation, und für neue Zucker- und Spiritussteuergesetze und andre dergleichen Spezialmaßregeln ist die Regierung auch ohne Volksversammlungen jederzeit zu haben, wenn ihr die Interessentenkreise die Möglichkeit klarzumachen ver-

mögen. Zudem nun die konservative Partei sich und die „Landwirtschaft“ mit diesem Bunde identifiziert hat, hat sie sich in eine Sackgasse verrannt, aus der sie sich nicht leicht wieder herausfinden wird. Wir haben den Bund der Landwirte vom ersten Augenblick an so beurteilt, wie ihn heute die Post beurteilt, und hätten die Konservativen auf uns gehört, so hätten sie sich viel Ärger, Enttäuschungen und Verlegenheiten erspart. Soweit dem Bauernstande bei der Beschränkung des deutschen Volkes auf sein heutiges Gebiet geholfen werden kann, kann es nur durch die von den Bauernvereinen mit Erfolg angewandten Mittel geschehen. Was der Staat zu thun hätte, um diese Mittel teils zur vollen Entfaltung zu bringen, teils überflüssig zu machen, das wäre außer der innern Kolonisation, die er ja ohnehin betreibt, eine durchgreifende Reorganisation des Bodenkredits nach dem Plane Schäffles.

Nicht weniger verhängnisvoll ist die Woche den Kämpfern gegen den Umsturz geworden. Wie das Kind beim zerbrochenen Krüge, so stehen die Liberalen vor dem Antrage Hintelen und jammern darüber. Wir sind bedeutend früher aufgestanden als die Herren von der Nationalzeitung, und hätten die Nationalliberalen den Rat befolgt, den ihnen in den Grenzboten ein Jurist gegeben hat, das Monstrum a limine abzuweisen, so hätten sie dem Volke Luthers, Friedrichs des Großen, Lessings, Kants, Schillers und Fichtes die Beschämung erspart, am Ende des neunzehnten Jahrhunderts die Sitzung der Umsturzkommision vom 27. Februar zu erleben, wo der Geist der oben genannten sechs Heroen nur durch die zwei Abgeordneten Barth und Bebel vertreten war. Maßregeln, wie die von Hintelen vorgeschlagenen, sind — das haben wir gleich anfangs gesagt — unabwendbare Folgen der Umsturzvorlage. Wenn man den Staat auf die mystische Grundlage religiöser Glaubenswahrheiten stellt, wie es die Umsturzvorlage thut, dann muß die deutsche Wissenschaft und Litteratur ausgerottet werden, denn sie ist zwar nicht unverträglich mit dem Glauben an den persönlichen Gott und die Unsterblichkeit der Seele, wohl aber schlechthin unverträglich mit dem Zwange zum Glauben daran oder vielmehr, da der Glaube nicht erzwungen werden kann, zum heuchlerischen Bekenntnis dieses Glaubens, und sie gewährt dem, der nicht glauben will, sehr starke wissenschaftliche Stützen seines Unglaubens. Da nun bei uns nicht, wie in Italien, zwei Drittel des Volkes Analphabeten sind, so ist es unmöglich, die untern Schichten vom Geistesleben der obern abzusperrn, und will man den Kinder glauben in jenen unverfehrt erhalten, so muß man in diesen die Gedankenwelt ausröten, die ihn gefährdet. Baut man dagegen den Staat nicht auf eine mystische Grundlage, sondern modern realistisch auf den Willen der Bürger und auf deren Einsicht in seine Notwendigkeit, dann ist die Vermehrung der Strafgesetze und Strafen, der Denunziationen und Verfolgungen das denkbar schlechteste Mittel zu seiner Befestigung. Wenden die Urheber der Umsturzvorlage dagegen ein, daß sie ganz derselben Ansicht seien, daß doch aber eigentlich nur die Vertreter von Bildung und Besitz den Staat ausmachen, und die Leute, auf die die Vorlage gemünzt sei, gar nicht dazu gerechnet werden könnten, so antworten wir darauf zum zehntenmale: Schön! Unter gewissen Bedingungen könnten wir uns damit einverstanden erklären. Aber dann sagt nun auch endlich einmal heraus, was ihr eigentlich wollt! Nur kommt nicht wieder mit einem Sozialistengesetz, denn auch das drückt eure Meinung noch nicht aus, genügt noch nicht euerm Bedürfnis und verwickelt euch nur wieder in die alten Widersprüche. Die Herren von der Kreuzzeitung z. B. werdet ihr doch nicht verfolgen wollen. Aber wenn sich einer zu der oben erwähnten sozialistischen Ansicht dieses Blattes bekennt, dann kann ihn die Erwägung, daß die sozialdemokratische Partei für die Erreichung des Zieles bessere

Bürgschaften biete als die Kreuzzeitungspartei, im Handumdrehen zum Sozialdemokraten machen. Und überhaupt ist ein strafgesetzlicher Kampf gegen Meinungen wie ein solcher gegen politische Parteien ein Unding. Ihr mögt euch also sträuben, solange ihr wollt, irgend einmal wird das letzte Wort, das ihr in der Tiefe des Herzens verbergt: staatsrechtliche Deklassierung der Lohnarbeiter, heraus müssen, und dann, wenn es heraus sein wird, werden wir ja weiter drüber sprechen.

Zur Freiheit der evangelischen Kirche. In der ersten Nummer dieses Jahres brachten die Grenzboten einen anregenden Aufsatz: „Zur Freiheit der evangelischen Kirche.“ Der Verfasser verspricht sich eine Heilung der mancherlei Schäden und Gebrechen unsers gegenwärtigen kirchlichen Lebens von einer größern Selbständigkeit der Kirche nach außen gegenüber dem Staat und einer straffern Organisation nach innen gegenüber ihren Gliedern. Seine Ausführungen gipfeln in zwei praktischen Vorschlägen: erstens Abschaffung der Kindertaufe, denn erst gereifte eigne Überzeugung dürfe durch Übereinstimmung mit dem kirchlichen Bekenntnis zu wirklicher Mitgliedschaft in der Gemeinde führen; zweitens Abschaffung veralteter Bekenntnisse, die im Kampfe gegen überwundene Feinde wie alte Festungsmauern die innere Entwicklung nur hemmten, nicht schützten.

Das Bewußtsein gemeinsamer Arbeit demselben Ziel entgegen möge eine kurze Bemerkung zu diesen Vorschlägen rechtfertigen. Die Kindertaufe ist weder geschichtlich mit dem Christentum von Anfang an verwachsen, noch kann dogmatisch ihre unbedingte Notwendigkeit nachgewiesen werden. Von einem gesetzlichen Zwange dazu kann also auf dem Boden des evangelischen Glaubens schlechterdings nicht die Rede sein, sondern die Frage bleibt eine Frage der Zweckmäßigkeit. Die Kindertaufe hängt unmittelbar mit der Volkskirche zusammen. Mit dem Eindringen des Christentums in die breiten Schichten des gemeinschaftlichen Lebens aufkommen, ist sie aus diesem Grunde von den Reformatoren im Gegensatz zu den Wiedertäufern beibehalten worden und kann nur mit der Volkskirche zugleich beseitigt werden.

Wenn also die Taufe zunächst die äußere Zugehörigkeit zur Kirche vermittelt, so hat dies bei der Kindertaufe den Sinn, daß der Einzelne in diese religiöse Gemeinschaft ebenso hineinwächst wie in die übrigen ihn umgebenden Lebensbedingungen, der Familie, der sozialen Gesellschaftsklasse, des Staats. Die Kirche wird zu einem angestammten Erbe und damit zugleich zu einer Autorität, die Pflichten auferlegt; sie übernimmt dagegen selber die Pflicht erzieherischer Einwirkung auf ihre unmündigen Glieder. Begiebt sich die Kirche der Kindertaufe, so ist damit allerdings der Charakter des „Vereins“ reiner hergestellt, aber sie selber wird zu einer sozial minderwertigen Sektengenossenschaft, die abseits von dem Gewühl und den Aufgaben des öffentlichen Lebens ihr eng umfriedigtes Heim errichtet. Die Geschichte des Baptismus bietet hierfür den besten Beleg. Solange aber die evangelische Kirche nicht gezwungen wird, sich in dieser Weise in sich selbst zurückzuziehen, hat sie weder das Recht noch die Pflicht, den Aufgaben, die ihr aus ihrer Stellung als Volksreligion erwachsen, freiwillig zu entsagen. Dazu aber braucht sie notwendig die Kindertaufe als das Zeichen, daß sie wie jeder lebensvolle Organismus auch noch entwicklungsfähige und -bedürftige Keime in sich schließt. Ungetauft würden die Kinder und dann auch die großen Massen des Volks außerhalb der Kirche stehen. Das Recht und die Pflicht, an ihnen zu arbeiten, würde für sie in das Gebiet der Mission fallen. Dies aber würde eine rein unfreiwillige Thätigkeit bedeuten, mit der sie nur ihrem unsichtbaren Herrn, nicht aber irgend

einer menschlichen Gemeinschaft, wie z. B. dem Staat, verantwortlich gemacht werden könnte.

Der Staat aber braucht, sobald er sich nicht mit der Rolle des Nachwächters begnügen will, notwendig zu seiner Selbsterhaltung eine Religion.*) Er muß für religiöse Unterweisung, für religiösen Kultus von sich aus Sorge tragen. Er braucht nicht nur für sich einen klaren Standpunkt, sondern auch für seinen Haushalt eine feste Hausordnung, die den Untertanen selbst hinsichtlich der Religion feste Ordnungen und Pflichten auferlegt, soweit sich hier die sittliche Befugnis des Gemeinwesens der persönlichen Freiheit des Einzelnen gegenüber überhaupt erstreckt. Diese Voraussetzung muß, so wenig sie mit einseitigen Idealen und Theorien stimmen mag, entschieden aufrecht erhalten werden. Wie soll das aber geschehen, wenn sich der Einzelne erst im spätern Alter soll darüber entscheiden dürfen, ob er einer Religionsgemeinschaft beitreten will? Wie soll der Staat seine Unmündigen religiös erziehen, ohne zu wissen und zu bestimmen, zu welcher Religion? Wie soll er auf die Kirche rechnen, wenn diese eine rechtliche Verpflichtung Nichtchristen gegenüber nicht übernehmen kann? Die scheinbare „Freiheit“ würde sich sehr bald als hinfällig erweisen, denn das Standesamt würde nach wie vor den Kindern einen Religionsvermerk beifügen müssen, und die Kirche würde nach wie vor die Kinder ihrer Glieder für sich in Anspruch nehmen müssen, und die Eltern würden nach wie vor ihre Kinder zu ihrem eignen Bekenntnis erziehen. Ist es überhaupt irrig, die Freiheit in der schrankenlosen Ungebundenheit zu erblicken, dann schließt auch die „evangelische Freiheit“ eine autoritative Bindung nicht aus, sondern ein, denn auch sie setzt eine Erziehung voraus, freilich eine Erziehung zur Selbständigkeit, aber doch „durch das Gesetz zum Evangelium.“ Dann aber darf man auch nicht in ihrem Namen an der Kindertaufe und der Aufnahme Unmündiger in die Kirchengemeinschaft Anstoß nehmen.

Es ist ferner nicht zufällig, daß gerade die Taufe interkonfessionell ist und lediglich den Eintritt in die christliche Gemeinschaft überhaupt bezeichnete, das führt zu dem vom Verfasser als „mystisch“ bezeichneten Gesichtspunkt für die Würdigung der Taufe; daß sie nämlich mit dem Eintritt in die christliche Kirche zugleich den in die christliche Gottesgemeinschaft bedeutet. Durch die Forderung einer Nottaufe bei Todesgefahr erkennt der Verfasser selbst die Wichtigkeit dieses Gesichtspunkts an. Es soll nicht gefragt werden, was aus diesen kirchlichen Frühgeburten werden soll, wenn sie nun doch am Leben bleiben und so das ganze Prinzip durchlöchern, es soll nur darauf hingewiesen werden, daß auch für den evangelischen Glauben die sakramentale Bedeutung der Taufe nicht in ihrer äußerlich kirchlichen Bedeutung aufgeht, sondern eine selbständige religiöse ist, sodaß auch um deswillen ihre Wirkung an möglichst weite Kreise wünschenswert erscheinen muß. Auf die dogmatische Frage und ihre Schwierigkeit kann hier nicht weiter eingegangen werden. Lasse man sich nur nicht durch Theorien und Definitionen den unmittelbaren Blick ins religiöse Leben trüben.

Gerade für die Volksreligion bildet übrigens die Kindertaufe auch insofern eine notwendige Einrichtung, als durch sie die persönliche Freiheit des Glaubens gewährleistet wird. Bleibt die Aufnahme in die Christenheit einer spätern Zeit überlassen, wer hat dann über den Zeitpunkt zu entscheiden, wo die innere Reife hierzu vorhanden sein soll? Entweder — und das ist das wahrscheinliche — wird ein Normaljahr festgesetzt, und die Frage, ob der Täufling Glauben hat, bleibt

*) Religionslose Staaten sind auch geschichtslos. Sie arbeiten wie Maschinen, aber sie leben nicht.

genau so unentschieden wie jetzt, oder es wird eine äußere Entscheidung und Kundgebung über die innerste Herzensstellung gefordert, die die größten Gefahren des Selbstbetrugs und der Glaubensrichterei in sich schließt. Gerade in der Kindertaufe liegt eine Erklärung des evangelischen Glaubens dazu, daß die innerste Stellung der Herzen Gott gegenüber zu erkennen nur Sache Gottes selbst ist.

Aufgaben der Königlich Akademischen der Wissenschaften in Berlin. Zu allerhand nachdenklichen Betrachtungen über Mittel, Aufgaben und Thätigkeit der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften giebt der soeben erschienene Bericht über die letzte Sitzung dieser Gesellschaft vom 24. Januar Anlaß. Im Sommer vorigen Jahres ist der Akademie von Frau Elisabeth Wenzel geb. Heckmann eine ungemein reiche Stiftung zu teil geworden. Jetzt erstattet der Vorsitzende des Kuratoriums, Professor Theodor Mommsen, öffentlich Dank und Quittung darüber: „Das Kapital beträgt anderthalb Millionen Mark, wovon die Zinsen zum dritten Teil vom 1. Januar dieses Jahres an, vollständig nach dem Tode der Stifterin für die Zwecke der Stiftung verwendbar werden. Es ist der Zweck der Stiftung, ohne statutarische (!) Bevorzugung eines einzelnen Forschungsgebietes wissenschaftliche Unternehmungen größern Umfangs zu fördern: . . . Diese Stiftung, welche den Absichten ihres Gemahls, des 1889 verstorbenen Berliner Architekten Hermann Wenzel, entsprechend und zum Andenken ihres Vaters, des 1878 hochbejahrt verstorbenen Berliner Fabrikbesizers Karl Julius Heckmann, von Frau Elise Wenzel ins Leben gerufen ist, legt Zeugnis dafür ab, daß die Macht der Wissenschaft und die Anerkennung der freien akademischen Forschung in unsrer Nation und insonderheit in der Hauptstadt des deutschen Reichs lebendig walten und thatkräftig wirken. . . . Ist genug ist in akademischen Kreisen die Klage laut geworden, daß für die ungeheuern Anforderungen, welche die Zukunft der Wissenschaft an eine die Wissenschaft in ihrer Gesamtheit vertretende Anstalt stellt, unsre materiellen Mittel nicht ausreichen, und es haben aus diesem Grunde wieder und wieder berechtigete Wünsche unterdrückt, zukunftreiche Pläne unausgeführt bleiben müssen. Einigermassen haben wir gethan, was wir konnten; aber wir konnten oft nicht, was wir wollten. Daß jetzt, wo uns in ungeahntem Umfange vieles möglich wird, was es bisher nicht war, wir damit neue schwere Pflichten übernehmen und in dem Maße unsrer Mittel auch unsre Verantwortlichkeit wächst, diese Empfindung ist allerdings auch in unserm Kreise vorhanden und wohl berechtigt. Möge die Hoffnung nicht trügen, daß die Akademie, dem ihr bewiesenen Vertrauen entsprechend, die mannichfaltigen Aufgaben in gutem Einverständnis ergreifen und die großen Mittel in großem Sinne verwalten werde.“

Es ist recht schade, daß die hochherzige Stifterin keine nähern Bestimmungen über die Verwendung der großartigen Schenkung getroffen hat. Aber schwerlich würde es ihre sowie ihres Gemahls, des Architekten Wenzel, und ihres Vaters, des Fabrikbesizers Heckmann, willige Zustimmung gefunden haben, wenn man diese von Laien gespendete Summe wissenschaftlichen Unternehmungen zu gute kommen lassen wollte, die dem Tage und seinen brennenden Bedürfnissen so abgewandt sind, wie die, die nach Ausweis des letzten Berichts mit erdrückendem Übergewicht noch immer im Vordergrunde stehen, etwa der „Sammlung griechischer Inschriften,“ oder der „Sammlung lateinischer Inschriften,“ oder der „Prosopographie der römischen Kaiserzeit,“ oder dem Corpus nummorum, dem kürzlich erst wieder 28 000 Mark zugefallen sind, oder den „Aristoteleskommentaren,“ oder gar dem Thesaurus linguae latinae! Aber für den ist schon gesorgt. „Da die Finanzlage, berichtet die Rom-

mission, so weit gesichert war, daß fast die ganze zum jährlichen Betriebe nötige Summe zur Verfügung stand, so wurden die Arbeiten bereits im verfloffenen Jahre in Angriff genommen und mit der Exzerption der neuern wissenschaftlichen Litteratur, der Herstellung der Mustereditionen und ihrer Verzettelung (so!) begonnen.“ So tröstlich nun diese Versicherung, der Millionennoloch Thesaurus sei ein- für allemal befriedigt, auch sein mag, zu bedauern bleibt es doch, daß Professor Mommsen den „großen Sinn,“ in dem nach seinem Versprechen die Wenzelstiftung verwendet werden soll, nicht näher bezeichnet hat. Wenn aber die Mitglieder der Akademie die — bewußt oder unbewußt — ausgesprochne Mahnung recht verstanden haben und beherzigen wollten, in die Professor Wahlenz's Festrede ausklang, so wäre endlich vielleicht zu hoffen, daß sich die Thätigkeit unsrer vornehmsten und reichsten wissenschaftlichen Vereinigung Aufgaben zuwendete, die dem Geiste der Gegenwart und vor allem den Bestrebungen der vaterländischen Kultur und Wissenschaft mehr am Herzen liegen als griechische Inschriften, römische Münzen und lateinische Wörterbücher! Wahlenz zur Feier des Geburtstags Sr. Majestät des Kaisers und Königs gehaltene Rede behandelte „Herders Beziehungen zur Berliner Akademie“ und zeigte bei der Besprechung seiner von der Akademie gekrönten Preisschriften: „Über den Ursprung der Sprache,“ „Über den Einfluß der Regierung auf die Wissenschaft“ u. a. (1770 bis 1780), wie die damalige Akademie „zu wiederholtenmalen Probleme auf die Bahn gebracht habe, die, von dem Geiste der Zeit getragen, gerade die denkenden Köpfe in Bewegung setzten.“ Wie überall in seinen Werken, so offenbart Herder auch in diesen Preisschriften seinen nationalpädagogischen Beruf, dem es immer darum zu thun ist, theoretische Betrachtungen durch irgend eine Wendung zum Nützlichen auch für das Leben fruchtbar zu machen. Und wenn man die Friedericianische Akademie den gegenwartsfrohen Gedanken dieses immer vorwärtsschauenden Mannes dermaßen entgegenkommen sieht, so möchte man fast glauben, daß sie ihre kulturgeschichtlichen Fragen aus Stimmungen und Strömungen der Zeit entnommen und durch diese wiederum auf ihre Zeit zu wirken die Absicht hatte, und daß sie auch auf den Beifall ihres königlichen Protectors rechnen durfte, wenn sie, die ihre wissenschaftlichen und geschäftlichen Verhandlungen ausschließlich in französischer Sprache führte, auf ihre ebenfalls in französischer Fassung ausgeschriebnen Preisfragen deutsche Antworten erzielte, die von deutschem Geiste eingegeben, deutschem Leben dienten und sich als unvergängliches Gut der deutschen Litteratur eingefügt haben. „Die Friedericianische Akademie, so schließt die Rede, hat aus den Bewegungen und den Interessen ihres Zeitalters Probleme aufgegriffen, deren glückliche Lösung auf die Bildung ihrer Zeit zu wirken nicht versahle. . . . Aber andre Zeiten bringen andre Aufgaben. Glücklich, wer seine Zeit begreift und ihren Forderungen und Geboten zu gehorchen und zu entsprechen weiß. Möge, wie einst König Friedrichs Auge mit Befriedigung auf seiner Akademie geruht, so es uns vergönnt sein, in sinnigem Verständnis der Ansprüche unsrer Zeit durch pflichttreue Arbeit und gewissenhafte Förderung der Wissenschaft und der Humanität und in lebendigem Patriotismus die Huld unsers erhabnen Protectors jederzeit zu verdienen.“

Ein same Menschen. Vorige Mittwoch vermittelten Schauspieler aus Weimar den Leipziguern die Bekantschaft von Gerhard Hauptmanns „Einsamen Menschen.“ Da der Beherscher der Stadtbühne die neuere deutsche Litteratur ausschließt, war der Saal des Krystallpalastes ausverkauft. Ein same Menschen über die erste Treppe links! rief der Pförtner den Hereinströmenden unaufhörlich zu. Die Wirkung des

Stückes war, dank dem trefflichen Spiele der Mehrzahl der Hauptpersonen, nach dem dritten Akte zündend, und am Schlusse gab es wiederholte Hervorrufe.

Eine eingehende Kritik des Stückes wollen wir hier nicht geben. Nur von dem Eindruck auf die Hörer möchten wir sprechen, oder um nicht zu prahlen, von einigen Eindrücken auf einige Hörer.

Während der üblichen Mäntelschlacht in der naiven Garderobe des Hauses wartete ein Kreis von Damen in einer Ecke auf die Räumung des Kampfplatzes. Eine von ihnen sagte: Nein, so eine Zudringlichkeit von dieser Person! Daß sie nicht eher gegangen ist! Die andern stimmten entschieden zu.

Hier hat einmal — ein Fall, der nicht zu häufig ist — das weibliche Schickseligkeitsgefühl das Rechte getroffen. Die Voraussetzung des Stückes ist unmöglich. Es ist einfach monströs, daß eine junge Dame einen ihr nur oberflächlich bekannten jungen Mann Späßes halber in seiner „Bude“ aufsucht, ihm dann, da er nicht zu Hause ist, in eine fremde Wohnung nachläuft und dann in dieser fremden Wohnung auf die erste Einladung des ebenso jugendlichen Hausherrn hin wohnen bleibt, und zwar gleich wochenlang wohnen bleibt! Als ob sie nicht im Spechzimmer ihres Gasthofs Besuche empfangen könnte! Hauptmann kann diesem Geschöpf seiner Einbildung noch so schöne Worte in den Mund legen — übrigens haperts auch darin, etwas besonders gescheites bringt Fräulein Mahr nicht vor, und daß sie klug und gut sei, sollen wir den andern mehr glauben, als wir es an ihr selber sehen —, die Zuschauerinnen werden stets der alten Frau Vockerath im zweiten Stadium Recht geben und ihre rücksichtsvollen Ausdrücke im dritten bewundern, als sie diese Person auffordert, das Haus zu verlassen. Das sind die Manieren von Kellnerinnen, nicht von Studentinnen, das ist eine Verleumdung der deutschen Ostseeprovinzen! (Fräulein Mahr will aus Reval sein — hoffentlich ist es keine Verletzung des Handelsvertrags, wenn man diese Länder deutsch nennt.)

Beim Beifall kann man es ziemlich gut unterscheiden, ob er dem Stück oder dem Spiele gilt, wenigstens bei der klatschenden Jugend. Die, deren Gesichtszüge, wenn auch von Heiterkeit durchstrahlt, doch den gewöhnlichen Ausdruck behalten, die behaglich bleiben, meinen den Schauspieler; zeigt sich dagegen ein fremdes Etwas um Mund und Augen, Ernst, Würde, Entschlossenheit, so gilt der Beifall dem Stück. Wir haben das schon oft beobachtet; denn meistens ist es reizvoller, bei wiederholtem Aufziehen des Vorhangs die Gesichter im Zuschauerraum zu betrachten, als die nun aus der Rolle fallenden und trotz allem vorausgegangnen Schrecklichen lächelnd knixenden Darsteller. Bei den „Einsamen“ nun ergab die Beobachtung des studentischen Parterres, daß nur sehr wenige innerlich ergriffen waren; die meisten jubelten lustig darauf los, hatten sich also nicht entschließen können, die Sache tragisch zu fassen. Was aber in jenen wenigen vorging, läßt sich vielleicht schließen aus einem Gespräch, das zwei ältere Kandidaten oder Referendare führten, während man sich durch die engen Stuhldreihen dem Ausgang zuschob. „Das Ding ist ja ganz interessant, aber ich habe dabei immer einen Druck auf dem Herzen.“ — „Ja, es ist ganz wie bei Sudermann, und man geht schließlich ohne Erhebung weg.“ — „Es gelingt ihm, mich zu quälen . . .“ Damit waren sie vorüber.

Diese Empfindungen waren gewiß nicht rein persönliche. Junge Leute sind selbst noch Partei in dem Gegensatz zwischen Eltern und Kindern. Den Streit, der da auf der Bühne tobt, empfinden sie als wenigstens allgemein möglich in ihren eignen Lebensbedingungen versteckt; denn wenn sie ihn auch in geregelter Laufbahn vermeiden, so haben sie doch Stunden gehabt, wo ihr jugendliches Kraftgefühl dar-

über hinaus wollte. Und die Erinnerung daran berührt sie doppelt peinlich; einerseits fühlen sie wieder die Grenzen ihrer Individualität, denn sie sind ja im Bauer geblieben — auf der andern Seite graut ihnen, wenn sie sich, selbst nur zurückblickend, ihren Sieg als möglich vorstellen, denn es sind ja gute Jungen, und „Sieg“ in der Familie ist ihnen ebenso zuwider wie Niederlage. Zu alledem kommt noch, wenigstens dunkel, ein Gefühl der wirtschaftlichen Bedingungen. Bis zu einem gewissen Grade sind diese Familienprobleme Standesprobleme. Wo der junge Mann statt im vierzehnten erst im achtundzwanzigsten Jahre selbständig ist, wird er immer vom Elternhause beeinflusst bleiben. Der Arbeiter giebt seinem Kinde weiter nichts mit als ein paar Arme, er verlangt dafür auch nicht die Fortpflanzung einer Weltanschauung oder einer Familientradition von ihm, vielleicht fehlte sogar die Zeit, eine zu entwickeln. Die Abschnürung der Tochterzelle von der mütterlichen geht hier schneller vor sich und deshalb leichter. Gerade in den Jahren, wo der Einzelne zu seiner Weltanschauung den Grund legt, ist der junge Arbeiter meist vom Hause fern und zugleich sein eigener Herr, und damit ist die wichtigste Quelle von Zerwürfissen verstopft: praktisch ans Elternhaus gebunden zu sein, während man es theoretisch längst überflogen hat. Wenn jener Kandidat also sagte: „Es gelingt ihm, mich zu quälen,“ so liegt darin möglicherweise auch ein Stück sozialen Neides gegen den vierten Stand, der ohne Zweifel heute die Jugendzeit am ungehemmtesten genießt.

Ganz gewiß aber liegt darin ein Tadel gegen den Dichter, der Probleme hinstellt, ohne sie zu lösen. Man geht ohne Erhebung weg, das heißt: der Dichter unterläßt es, den Hörern den Gedanken mitzuteilen, von dem aus der geschilderte Konflikt als künftig vermeidbar erscheint. Das ist die Erhebung, die die Jugend verlangt. Sie sieht das Leben noch vor sich, sie will es besser machen, sie will ihren Glauben an sich selbst nicht zerstören lassen durch die Aussicht, daß das Ergebnis ihrer Arbeit wieder nur ein Berg unerledigter Aufgaben, ungelöster Gegensätze sein werde. Kurz, sie verlangt, daß der Dichter klarer sehe als sie selbst. Und das ist hier nicht der Fall.

Man wird nun noch zu erfahren wünschen, was die andre Partei, was das Alter über das Stück gedacht hat. Wir gestehen, es nicht zu wissen; das Alter äußert sich nicht so lebhaft. Vielleicht aber kann es uns ein Leser, der zugleich Hörer war, nächsten Donnerstag erzählen.

Berichtigung. Wir werden auf einen Irrtum in unserm Aufsatz „Das Christentum und die soziale Frage“ in Heft 6 aufmerksam gemacht. Die Forderung: „Man schaffe eine Minimalgrenze des Besitzes, die nach wirtschaftlichen und sittlichen Gesichtspunkten genügend hoch erscheint,“ wird in dieser Form von dem Zentralausschuß für innere Mission in seiner Denkschrift von 1885 nicht ausgesprochen. Wir hatten nach Naumann berichtet, der in seinem sozialen Programm der evangelischen Kirche (1890/91), das nur eine Auslegung jener Denkschrift sein will, auf Seite 72 sagt: Der erste praktische Grundsatz, den die Denkschrift des Zentralausschusses enthält, heißt: „Man schaffe u. s. w.“ Da die Worte: Man schaffe u. s. w. im Text eingerückt und mit Anführungszeichen versehen waren, mußte man sie für ein Zitat aus der Denkschrift halten. In Wahrheit erblickt der Zentralausschuß, wie hier zu berichtigen ist (S. 5 der Denkschrift IV, 1), das Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung in einer Gestaltung des Erwerbslebens, die, „ohne das verschiedne Maß des Besitzes und die Unterschiede der wirtschaftlichen Klassen mit ihren besondern Kulturaufgaben und dadurch bedingten Kulturbedürf-

nissen zu beseitigen, auch den untersten Klassen die Erreichung des Maßes irdischen Glückes ermöglicht, das nach dem jeweiligen Stande der Kultur die Voraussetzung der Bewahrung vor wirtschaftlicher Not und der Erhaltung und Pflege der sittlichen Lebensordnungen bildet." Naumann hat in der Wiedergabe dieses Gedankens die feine Linie der Zurückhaltung, die die Denkschrift überall einhält, überschritten und unbewußt ihrem Sinn eine derbere Fassung gegeben. Die Denkschrift stimmt übrigens mit Naumanns Programm darin vollständig überein, daß auch sie wirtschaftliche und sittliche Forderungen vermengt; ihre „religiös-sittlichen Grundsätze des Christentums in ihrer besondern Anwendung auf die heutige Gestalt des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens“ entscheiden zugleich wirtschaftliche Fragen, zu deren Beantwortung die Kirche sicherlich nicht berufen ist, die innere Mission aber auch kaum.

Wohin solche Vermengung beider Gebiete führen kann, hat vor kurzem das hessische Oberkonsistorium gezeigt, das sich berufen fühlt, bestimmten sozialpolitischen Bestrebungen, auch abgesehen von ihrer Stellung zum Christentum, entgegenzutreten. Die Aussprüche dieses Konsistoriums in seinem Schreiben an den Vorstand der südwestdeutschen Konferenz für Innere Mission (15. Januar 1895) sind, so viel wir wissen, das erste Beispiel, daß eine evangelische Kirchenbehörde aller Vorsicht vergessend sich mit rein sozialpolitischen Maßregeln befaßt und so dem Vorwurf der Sozialdemokratie, die Kirche bekämpfe nicht nur ihren Atheismus, sondern ohne Rücksicht darauf auch ihre sozialen und politischen Forderungen, eine tatsächliche Unterlage giebt. Die Sätze sind wohl allgemeiner Beachtung wert. Es handelt sich um den Artikel, den Pfarrer Wend über Vollmar in der „Hilfe“ veröffentlichte: „Auch vermag der Umstand, daß am Schluß des umfangreichen Artikels v. Vollmars Mangel an monarchischem Gefühl und Christentum in wenig Zeilen beanstandet wird, dessen übrigen Inhalte kaum Abbruch thun. Eher macht dies den Eindruck, als ob nur jener Mangel Wend von v. Vollmar scheidet, er (Wend) aber mit Vollmar bezüglich dessen sozialpolitischen Bestrebungen einverstanden sei. Worin diese bestehen, brauchen wir nicht auszuführen und ebenso wenig zu begründen, daß wir deren Förderung, soweit unser Einfluß reicht, nie zugeben werden.“ Hoffentlich erhält die hessische Kirche bald einen Leitfaden oberkonsistorialer Sozialpolitik, damit die vorschriftsmäßige sozialpolitische Gesinnung den Geistlichen genau bekannt werde. Wir empfehlen als Muster etwa des Thomas von Aquino *Secunda Secundae*.

Ein Teil der Presse macht es sich neuerdings zur Aufgabe, die Grenzboten durch die geistlich wiederholte Behauptung zu zeichnen und zu lähmen, daß sie auf eine schiefe Ebene geraten und in die sozialdemokratische Richtung hinübergeglitten seien.

Wir können die Quelle dieses unberechtigten Vorwurfs nur noch an einer Stelle finden, vor der wir die Waffe der Verteidigung freiwillig senken.

Nur das möchten wir hier aussprechen, daß wir allein dadurch die Tradition dieser Blätter aufrecht zu erhalten und unsre Pflicht zu thun meinen, daß wir ohne Rücksicht darauf, wem es gefällt und wem es nicht gefällt, für das eintreten, was wir als das Richtige erkennen, und gegen das, was uns falsch erscheint. Sind wir uns bewußt, ehrlich nach unsrer Überzeugung der Wahrheit zu dienen, so ist es uns gleichgültig, wie man uns nennt. Wir haben das in diesen sechzehn Jahren, die wir die Grenzboten herausgeben, zur Genüge bewiesen.

Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig